

Vorblick auf den Katholikentag

In ersten Umrissen wurde in Godesberg auch die wahrscheinliche *Thematik des Katholikentages 1978* in Freiburg sichtbar. Beschlüsse dazu wurden noch nicht gefaßt. Die unter dem Motto „Mut zur Zukunft – Gott schenkt Zukunft“ aufgezeigte Themenstellung entsprach im wesentlichen den von Hans Maier genannten Schwerpunkten der Arbeit des Zentralkomitees in der nächsten Zeit: gesellschaftliche Grundsatzfragen, junge Generation, internationaler Bereich mit Schwerpunkt Europa. Letzterer ist auch besonderes Anliegen der Freiburger Diözese. Der Katholikentag 1978 könnte also im Jahr der Europawahlen einen ersten breiter angelegten Test europäischer Artikulationsfähigkeit des deutschen Katholizismus bringen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man im *deutlich artikulierten Willen zur offensiven Auseinandersetzung mit den Grundkräften und Strömungen in*

der Gesellschaft das besondere Merkmal der Godesberger Versammlung sieht. Kardinal *Höffner* gab in seinem Grußwort die Parole aus: „Nicht stumm bleiben!“ Der scheidende Präsident konstatierte, die Katholiken seien – er spielte dabei auch auf die Bundestagswahlen an – „politischer geworden“. Der neue Präsident versprach, „die Meinung deutscher Katholiken gegenüber der Öffentlichkeit und dem kirchlichen Amt entschieden zu vertreten“. Daß sich Entschiedenheit auch mit einiger, von der Sache her notwendigen Differenzierung verbinden läßt, zeigte neben mehrfach klärenden „Zwischenrufen“ von Hans Maier das Referat von Lehmann. Zur Selbstüberschätzung des ZdK – man sprach etwas zu häufig von sich selbst als *dem Sprachrohr der deutschen Katholiken* – besteht allerdings kein Anlaß. Man wird sich hoffentlich über die Reichweite der eigenen Stimme und auch über die Grenzen des Argumentationswillens in der Gesamtheit kirchlicher Gremien keinen Illusionen hingeben.

D. S.

siastisch, so kann man ihnen jetzt nach der Konferenz nur Enttäuschung, ja teilweise Verärgerung oder kleinlautes Bedauern über eine vermeintliche Kursänderung bescheinigen.

Plötzlich bemühen sich die Bischöfe, die Bedeutung des Treffens herunterzuspielen, nach „Schuldigen“ für die teilweise als radikal eingestuften Resolutionen zu suchen und gleichzeitig auf die weitgehende Bedeutungslosigkeit solcher Positionen hinzuweisen, da der Konferenz ja nur beratende und empfehlende, aber nicht beschließende Funktionen eingeräumt waren. In einem weiteren Prozeß der Sichtung und Klärung sollen im Mai 1977 bei der übernächsten Vollversammlung der amerikanischen Bischöfe konkrete Beschlüsse zur Realisierung der „vertretbaren“ Resolutionen gefaßt werden. Bis dahin ist noch mit einer heftigen Auseinandersetzung über die Ergebnisse von Detroit zu rechnen.

Ein langer Vorbereitungsprozeß

Die Bischofskonferenz hatte zur Vorbereitung ein eigenes Komitee eingesetzt und diese mit enormem finanziellem und personellem Aufwand durchgeführt. Von Anfang an sollte möglichst die gesamte katholische Gemeinschaft in den Prozeß miteinbezogen werden. Anhand eines Leitfadens für die Diskussion der Thematik „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“ sollten die einzelnen Pfarreien die Gläubigen zu Aussprachen und Vorschlägen dazu einladen, was ihrer Meinung nach zukünftig zur Verwirklichung dieses Zieles in Gesellschaft und Kirche notwendig sei. Das Gesamtthema war in sieben Unterthemen unterteilt: Nation, Kirche, Menschengeschlecht, ethnische Zugehörigkeit und Rasse, Nachbarschaft, Arbeit, Familie, Personsein. Das *Echo aus den Gemeinden* war unerwartet groß, wenn auch nur die Hälfte aller Diözesen an diesem Teil des Programms mitwirkte. Bei den verschiedenen Regionalhearings und dem Schlußtreffen dagegen standen nur wenige Diözesen abseits. Von den Gemeindemitgliedern gingen ins-

Katholischer US-Kongreß über Freiheit und Gerechtigkeit

Nach fast zweijähriger intensiver Vorbereitung ging vom 21. bis 23. Oktober in Detroit ein Ereignis über die Bühne, das für die Katholiken der Vereinigten Staaten von Amerika eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hatte und noch nicht voraussehbare Folgen zeitigen dürfte. Das als „*A Call to Action*“ bezeichnete Mammuttreffen galt offiziell als Abschluß des umfangreichen Beitrages der Katholiken zur 200-Jahr-Feier der USA (vgl. HK, Juni 1975, 300ff.) und hatte die Aufgabe, eine Art Fünfjahresplan für kirchliche Aktivitäten im Rahmen des Leitthemas „Freiheit und Gerechtigkeit für alle“ auszuarbeiten.

Mehr Aktion als erwünscht

Von Anfang an war man sich darüber im klaren, daß es sich um ein Experiment ohne Vorbild, um eine *bisher*

einmalige Aktion zur Mobilisierung und Sensibilisierung der Katholiken eines ganzen Landes handelte. Die Besonderheit des Anlasses und der Vorbereitung lassen deshalb auch keine Vergleiche mit ähnlichen Veranstaltungen zu. Daraus erklärt sich wohl auch die Unsicherheit sowohl in der Bezeichnung und Einordnung der Konferenz als auch in der Berichterstattung über ihre wichtigsten Ergebnisse. Der verantwortliche Träger des gesamten Unternehmens, die *US-Bischofskonferenz*, trug nicht unwesentlich zu dieser Unsicherheit bei, weil einzelne ihrer Repräsentanten unverhohlen ihren Unmut über die wenigen „sensationellen“ Resolutionen zum Ausdruck brachten und damit das Interesse an ihnen noch verstärkten. Bedauerlich ist besonders, daß dadurch das gesamte Programm abgewertet wurde. Gebärdeten sich die Verantwortlichen vorher geradezu enthu-

gesamt 800000 Antworten mit zum Teil detaillierten Vorschlägen und Wünschen ein, wobei sich interessante Schwerpunkte des Interesses ergaben. So fanden Fragen internationaler Gerechtigkeit auf der Pfarrebene – im Gegensatz zu den überörtlichen Hearings – nur wenig Erwähnung. Hier herrschten Probleme der eigenen Umwelt vor. Auffallend bei den 800000 Antworten war, daß zwar eine Fülle von Problemen und Themen angesprochen wurde, in den wenigsten Fällen aber Lösungsvorschläge mitgeliefert wurden. Schwester *Alice Gallin*, die Leiterin des Befragungsprojektes, erklärte dies mit einem gewissen Gefühl von „politischer“ Machtlosigkeit in unserer gegenwärtigen Gesellschaft, die auf den unterschiedlichsten Ebenen mit massiven Problemen konfrontiert wird. Die Unfähigkeit zu konkreten Änderungsvorschlägen könne zudem daher stammen, daß die Katholiken bisher kaum Gelegenheit dazu hatten, „sich mit der Teilnahme an kirchlichen Entscheidungsprozessen vertraut zu machen“ (NCNS, 16. 8. 76).

Diese Phase brachte im Grunde schon die *Vorklärung und Weichenstellung* für die Diskussionen und Abstimmungen in Detroit. Zwar ist hinterher noch einiges ergänzt und geändert worden, doch die brisanten Themen waren bereits abzusehen. Während insgesamt die Komitees für die Erstellung der Arbeitspapiere mutig und offen alle Eingaben berücksichtigten, kam es lediglich bei der Gruppe, die sich zum Personsein äußern mußte, zu Spannungen und Zwistigkeiten. Dies endete damit, daß das zuständige Komitee erklären mußte, es sei ihm nicht gelungen, „einen Konsensus über Aktionsempfehlungen zu erreichen“ (NCNS, 28. 9. 76). Am meisten stritt man sich um die Frage der künstlichen Methoden der Geburtenkontrolle. Da man sich nicht auf einen Vorschlag einigen konnte, veröffentlichte das Komitee zwei Alternativen, die beide vorsichtig nuanciert formuliert waren, sich aber vom grundsätzlichen Antrieb her unterschieden. Der eine Vorschlag lief darauf hinaus, die US-Bischöfe sollten „in ihrer pastoralen Führerschaft“ die Relation zwi-

schen der kirchlichen Lehre zur Geburtenkontrolle, „dem Konzept verantwortlicher Elternschaft und der Bildung des persönlichen Gewissens“ klären. Die andere Seite dagegen forderte, „die amerikanische Kirche solle ihre derzeitige pastorale Führerschaft modifizieren..., um eindeutiger das Recht und die Verantwortung der Verheirateten zu stützen, selbst ihr Gewissen zu formen im Hinblick darauf, was für sie ‚moralisch vertretbare‘ Methoden der Geburtenkontrolle sind und ob sie sie anwenden oder nicht“. Überraschend fand bei der Vollversammlung die zweite Alternative – in teilweise noch fordernderer Sprache – die Zustimmung der Mehrheit.

„Kein radikaler Abschied von unseren Traditionen“

Die eigentliche Aufgabe der Delegierten war es nun, in drei Tagen die von den acht Vorbereitungskomitees aufgearbeiteten Unterlagen zu prüfen und zu diskutieren, um dann die vorgeschlagenen Resolutionen für den Aktionsplan gutzuheißen oder abzulehnen, abzuändern oder zu ergänzen. Jede Diözese konnte neun Delegierte entsenden, von denen laut Empfehlung der Bischofskonferenz je drei aus kirchlichen Berufsgruppen, aus der Reihe der Armen und Minderheiten sowie nach den Vorstellungen des Ortsbischofs ausgesucht werden sollten. Alle Diözesen mit mehr als einer Million Gläubigen konnten zusätzlich für jeweils weitere 100000 noch einen Delegierten schicken. Hinzu kam je ein Delegierter für 92 *nationale katholische Organisationen*, unabhängig von Bedeutung und Mitgliederstärke dieser Gruppierungen. Vor Beginn des Treffens hatte es erhebliche Kritik gegeben, weil rund 20 Organisationen nicht zugelassen wurden, die von sich selbst behaupteten, alle Bedingungen zu erfüllen.

Doch auch da sorgten die Delegierten für eine Überraschung. Gerade die Anliegen der Ausgeschlossenen fanden besondere Berücksichtigung: die „Christlichen Feministen“ und die „Priester für Gleichheit“ ebenso wie „Dignity“, deren Anhänger sich für

die Homosexuellen einsetzen, und Scapegoat, eine von einer ehemaligen Prostituierten gegründete Gruppe (mit sechs aktiven Mitgliedern!) zur Integration der Prostituierten – sie alle sahen ihre Anliegen vorgetragen und in die Liste der Resolutionen aufgenommen.

Die 1340 Delegierten versammelten sich am 21. Oktober unter sehr unterschiedlichen Vorzeichen: Mit Kritik von rechts („liberaler Chic“, „sorgfältig inszenierter Plan, Sozialismus statt christliche soziale Gerechtigkeit zu fördern“) und links („scheindemokratisches Schauspiel“, „Ausklammerung wichtiger Themen wie Rassismus“) sowie überwiegend hoffnungsvollen Aussagen bei der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof *Joseph Bernardin* von Cincinnati („Grundlagenarbeit für die konstruktive Reflexion in den kommenden Jahren“), durch den Apostolischen Delegaten, Erzbischof *Jean Jadot* („bedeutsames Ereignis mit der Gelegenheit, einen einmaligen Beitrag für die Nation und die Welt zu leisten“) und schließlich durch Kardinal *John Dearden*, den Vorsitzenden des bischöflichen Komitees für die 200-Jahr-Feiern, der erklärte: „Wir versuchen, einen neuen Weg zu beginnen, um die Arbeit der Kirche in Amerika zu leisten. Es kann sein, daß wir dieses Ziel nicht erreichen, aber laßt es uns versuchen, und laßt die Menschen unserer Nation von uns sagen, wir haben uns bemüht, es wenigstens zu versuchen“ (NCNS, 21. 10. 76).

Sehr offen bekannte sich der Kardinal auch zu den bis dahin gemachten Erfahrungen mit Kritik und radikalen Forderungen. Seiner Meinung nach könne die Kirche nicht der Welt Gerechtigkeit predigen, die sie selbst nicht praktiziere. Dennoch sei „diese außergewöhnliche Versammlung kein radikaler Abschied von unserer Traditionen“

Es zeigte sich, daß alle überfordert waren. Eine derartige Themenpalette hätte mehrere Wochen intensiver Beratungen erfordert. So spielte sich das wichtigste Geschehen in den vielen Arbeitskreisen ab. Und

da hing es dann wirklich vom Einsatz der einzelnen Delegierten ab, was als Ergebnis dabei herauskam. Natürlich waren die Delegierten einzelner Organisationen in ihren Spezialbereichen besser präpariert, doch ist damit nur schwer der Vorwurf zu begründen, „pressure groups“ hätten den weiteren Verlauf bestimmt. Immerhin wurde über alle Vorlagen in den Arbeitskreisen und später dann auch im Plenum abgestimmt.

110 Seiten Resolutionen

Das Ergebnis dieser Phase sind 110 eng bedruckte Seiten voller Resolutionen, aus denen offenbar wird, was die Katholiken der USA beschäftigt, worunter sie leiden, was sie erhoffen und wünschen. Unter dem Stichwort „Kirche“ wird eine größere *Rolle der Frauen* auf allen Ebenen, einschließlich der Ordination, gefordert. Die Delegierten setzten sich für eine Beseitigung „sexistischer“ Sprache in kirchlichen Dokumenten, Katechismen und Liedern ein. Obwohl die US-Bischöfe erst kürzlich einen entsprechenden Antrag abgelehnt hatten, wünschten die Delegierten mehrheitlich ein nationales Frauenbüro zur Förderung der „vollständigen Teilnahme der Frauen am kirchlichen Leben“. Aber auch das Recht auf gemeinsames Verhandeln der *Kirchenangestellten* (ursprünglich war ein gewerkschaftlicher Zusammenschluß geplant) mit den Arbeitgebern und der lokalen Mitbestimmung bei der Wahl von Bischöfen und Priestern, die *Anerkennung des Rechts laizierter Priester* auf Ausübung nichtsakramentaler Ämter in der Kirche und Aufhebung des Pflichtzölibats fanden in dieser Sektion Unterstützung. Die Rolle der *katholischen Schulen* wurde klar betont und staatliche finanzielle Mittel eindeutig gefordert.

Grundprobleme von Mensch und Gesellschaft fanden auf drei Ebenen in der entsprechenden Sektion Berücksichtigung. Erziehung für globale Gerechtigkeit, Verteidigung der Menschenrechte und Abrüstung und Frieden. Ohne große Änderungen kamen die

vorgelegten Empfehlungen durch, lediglich bezüglich des Multi-Millionen-Dollar-Haushaltes der *amerikanischen Überseehilfe* „Catholic Relief Services“ (CRS) gab es wegen der Vergabepaxis und politischer Verstrickungen Differenzen. Herausragende Forderungen galten der Errichtung von Justitia-et-pax-Kommissionen in allen Diözesen und der Verurteilung der Produktion des Besitzes, der Weitergabe und des Versuchs der Drohung mit nuklearen Waffen. Ferner wurde ein vollständiges Verbot des Waffenhandels verlangt. Gerade im Hinblick auf Israel versagten viele Teilnehmer diesen Entschlüssen die Zustimmung. Der einseitige Verzicht stieß auch außerhalb der Konferenz auf empörte Ablehnung.

Auch in der Sektion „*Nation*“ kam die Abrüstung zur Sprache. Hier wollte man zur Beseitigung der großen sozialen Not eine Umverteilung der Rüstungsmittel für friedliche Zwecke. Eine verfassungsmäßige Verankerung des „Pro-Leben-Programms“ der Bischöfe kam ohne Schwierigkeiten als Resolution durch. Die Sektion „*Arbeit*“ wünschte sich eine Revision bestehender Gesetze zum „Recht auf Arbeit“, gezielten Gebrauch von Kapitalinvestitionen zur Beeinflussung der sozialen Gerechtigkeit und gleiche Arbeitschancen für Homosexuelle. In der Rubrik „*Ethnische Zugehörigkeit und Rasse*“ heißt es u. a., die Kirche möge die „*Sakramentalität*“ der indianischen religiösen Symbole anerkennen, Sekretariate für die Schwarzen und die Indianer einrichten und mehr Bischöfe für die ethnischen Minderheiten ernennen. Angeprangert wurde der mangelnde Einsatz der Katholiken für die Rassenintegration.

Von den Bischöfen erwartet man deshalb ein Hirtenwort gegen die „*Sünde des Rassismus*“. Brisante Themen enthält der von der Sektion „*Familie*“ ausgearbeitete Teil. Zwar unterstrichen die Delegierten die Unauflöslichkeit der Ehe, sie forderten jedoch „ein Ende der Diskriminierung von geschiedenen Katholiken“ und die Erlaubnis für Geschiedene und Wieder-verheiratete, unter bestimmten Bedingungen die Sakramente zu empfangen. In der Sektion „*Personsein*“ schließlich fanden die offene Alternative in der Geburtenregelung und die Arbeit von „*Dignity*“ sowie Bemühungen auch um pastorale Betreuung anderer „*sexueller Minderheiten*“ klare Unterstützung.

Eine Fülle von Forderungen und Empfehlungen also, die zum Teil zumindest heftige Reaktionen der Bischöfe hervorriefen. Vieles entspreche nicht der Lehre der Kirche und sei deshalb undiskutabel, hieß es da zum Beispiel. Dennoch zeigte sich Anfang November auf der Vollversammlung der US-Bischöfe bereits, daß die Erregung der ersten Stunden und Tage nach Detroit einer etwas gelasseneren Haltung gewichen ist. Manche kritische Aussage wurde offen zurückgenommen, doch in der Sache bleibt die Konfrontation auch unter den Bischöfen bestehen. Die Diskussionen in der Kirchenpresse dauern an, die Urteile sind sehr unterschiedlich. Trotz allem könnte *Jeny Filteau* vom National Catholic News Service (29. 10. 76) recht behalten, daß nämlich dieser Durchbruch die Möglichkeit eröffnet, daß sich das Bild der US-Kirche ebenso bedeutsam verändert, wie das Zweite Vatikanum das Bild der Weltkirche veränderte. N.S.

Kirchliche Stimmen aus Angola und Moçambique

Ähnlich wie im Fall von Vietnam scheint auch das Interesse am Schicksal der von der politischen Neuordnung betroffenen Menschen und der Kirche in Angola und Moçambique zu

schwinden. Seit Erlangung der Unabhängigkeit von Moçambique am 25. Juni 1975 und von Angola am 11. November 1975 ist es bis auf wenige Spekulationen still geworden um